

## A n t r a g

der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl, Dr. Petrovic, Antoni, Königsberger, Dr. Krismer-Huber, Dworak, Ing. Huber, Weiderbauer, Findeis, Tauchner, Enzinger, Gartner, Sulzberger, Ing. Gratzner, Hafenecker, Jahrman, Kernstock, Kraft, Onodi, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Thumpser und Vladyka.

**gemäß § 47 LGO 2001**

betreffend **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung rund um die vom Rechnungshof beim Projekt Skylink der Flughafen AG aufgezeigten schweren Planungs-, Koordinations- und Durchführungsmängel.**

Die Flughafen Wien AG ist als Entwickler, Errichter und Komplettbetreiber des Flughafens Wien eines der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen des Landes und Dienstgeber für rund 4.200 ArbeitnehmerInnen. Am gesamten Areal des Flughafens Wien sind mehr als 18.000 Personen beschäftigt. Trotz der internationalen Wirtschaftskrise konnte das Unternehmen im Jahr 2009 einen Umsatz von 501,7 Mill. Euro und ein Konzernergebnis vor Ertragsteuern (EBT) von 96 Mill. Euro erzielen. Somit konnte eine Dividende von 2,41 € je Aktie ausbezahlt werden.

Die Eigentümerstruktur der Flughafen Wien AG ist derart gestaltet, dass sich die Aktien zu 20% im Besitz des Landes Niederösterreich, zu 20% im Besitz der Stadt Wien, zu 10% im Besitz der Mitarbeiterstiftung und zu 50% in Streubesitz befinden.

Infolge der ständig steigenden Passagierzahlen und der damit verbundenen Expansion des Flughafens wurde 2000 die strategische Entscheidung

zur Errichtung des Terminals „Skylink“ mit veranschlagten Kosten von 402 Mill. EUR getroffen. Anfang des Jahres 2008 war klar, dass die Kosten 657 Mio. € betragen werden.

Innerhalb des Vorstandes war für das Projekt Mag. Christian Domany, das über Vorschlag der Vertreter des Landes Niederösterreich bestellte Vorstandsmitglied, zuständig. Dieser erklärte, mit 28. Februar 2009 seine Vorstandsfunktion einvernehmlich zu beenden. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Flughafen Wien AG vom 20. Februar 2009 wurde Ernest Gabmann zum Vorstandsmitglied des Unternehmens bestellt. Er übernahm die bis dahin Mag. Christian Domany zugeordneten Bereiche, so auch das Projekt Skylink.

Nach einer Evaluierung der Kosten und Terminpläne des Projekts Skylink im Februar 2009 wurden die projektierten Kosten für das neue Terminal Skylink auf € 830 Mio. geschätzt. In weiterer Folge wurde vor dem Sommer 2009 durch das neue für den Bau zuständige Vorstandsmitglied Ernest Gabmann allerdings ein Baustopp verfügt.

In der Folge kam es über Vorschlag des Landes Niederösterreich zu weiteren personellen Maßnahmen in der Besetzung und der Struktur des Aufsichtsrates der Flughafen Wien AG. Im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung wurden am 20. August 2009 Rechtsanwalt Dr. Christoph Herbst und der Generaldirektor der EVN AG Dr. Burkhard Hofer in den Aufsichtsrat gewählt.

In der anschließenden Sitzung des Aufsichtsrates legte Johannes Coreth seine Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender zurück. Als neuer Aufsichtsratsvorsitzender wurde der in verschiedenen Bereichen für das Land Niederösterreich tätige Dr. Christoph Herbst gewählt. Als Kleinaktionärsvertreter wurde Dr. Burkhard Hofer gewählt. Johannes Coreth bleibt als einfaches Mitglied im Aufsichtsrat.

Offensichtlich war Landeshauptmann Dr. Pröll über das drohende Finanzdesaster dieses Projektes informiert und versuchte, das verantwortliche Mitglied des Vorstandes aus der Schusslinie zu nehmen. Dies erklärt auch die Information vom 18. Februar 2009 durch Landeshauptmann Dr. Pröll an die Medien, den damaligen Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann anstelle von Mag. Domany in den Vorstand der Flughafen Wien AG zu schicken. Dies wirft auch die Frage auf, seit wann LH Dr. Pröll von den massiven Kostenüberschreitungen wusste.

Im Hinblick auf die Aussagen von LH Dr. Pröll, in den Flughafen nicht politisch „hineinregiert“ zu haben, ist es doch bemerkenswert, dass sowohl Ernest Gabmann als auch alle anderen bisher für den Bau zuständigen Mitglieder des Vorstandes, Dr. Kurt Waniek und Mag. Christian Domany, durch das Land NÖ vorgeschlagen wurden und, wie auch Dr. Christoph Herbst und Generaldirektor Dr. Burkhard Hofer, als engste Vertrauensleute von LH Dr. Pröll gelten. In diesem Zusammenhang scheint es dringend aufklärungswürdig, ob und welche politischen Vorgaben und Aufträge zum Rückzug von Mag. Domany aus dem Vorstand und zu den Personal- und Funktionsrochaden in den Gremien der Flughafen Wien AG führten.

Außerdem scheint es bemerkenswert und aufklärungsbedürftig, dass einerseits Raiffeisen Generaldirektor Mag. Erwin Hameseder im Aufsichtsrat der Flughafen Wien AG saß, während ein Unternehmen der Raiffeisen, nämlich die Raiffeisen Evolution, vom Sommer 2008 bis April 2009 mit der Projektsteuerung beim Skylink beauftragt wurde und mitverantwortlich war.

Bereits in der Sitzung des NÖ Landtages vom 1. Oktober 2009 wurde ein Antrag von SPÖ und FPÖ auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu dieser Thematik behandelt und von ÖVP und Grünen mit dem Hinweis abgelehnt, dass vorerst der Rechnungshof eine Überprüfung durchführen sollte.

Der Rechnungshof überprüfte das Projekt Terminalerweiterung Nord–Ost Skylink der Flughafen Wien AG im Zeitraum von Ende Oktober 2009 bis Juni 2010. Schwerpunkte waren die strategischen und konzeptionellen Entscheidungen, die der Kapazitätserweiterung des Flughafens Wien und damit diesem Projekt zugrunde lagen, sowie Angelegenheiten des Vorstands.

Als Ergebnis stellte der Rechnungshof schwere Planungs–, Koordinations– und Durchführungsmängel fest, die letztlich dazu führten, dass sich die geschätzten Kosten von ursprünglich (402 Mill. EUR) auf mehr als 952 Mill. EUR verdoppelten und sich die Fertigstellung um rd. 4,5 Jahre verzögert.

Während es Aufgabe der Justiz ist, etwaige strafrechtlich relevante Umstände im Bereich der Vorgänge innerhalb der Verantwortungsträger der Gremien der Gesellschaft zu klären und zu beurteilen, muss es die politische Aufgabe des NÖ Landtages sein, alles zu unternehmen, um Grundlagen zu schaffen, die eine positive Weiterentwicklung des Flughafens Schwechat gewährleisten. Dazu zählt insbesondere die Klärung der politischen Verantwortung der zuständigen Entscheidungsträger im Land Niederösterreich als Miteigentümer und Syndikatspartner sowie deren Kenntnisse über die Entwicklung rund um das Projekt Skylink zu hinterfragen.

Neben der Klärung und Beurteilung der fachlichen und sachlichen Richtigkeit der Aufträge, die die Vertreter des Landes für ihre Tätigkeit in den Gremien, insbesondere im Aufsichtsrat der Gesellschaft, vom Eigentümervertreter erhalten haben und der in der Folge getroffenen Maßnahmen, bleibt daneben die Frage der politischen Verantwortung offen, die durch einen Untersuchungsausschuss des NÖ Landtages geklärt werden sollte.

Die Gefertigten stellen daher den

## **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Zur lückenlosen Aufklärung des oben genannten Sachverhaltes und der politischen Verantwortlichkeit wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, indem alle im Landtag vertretenen Fraktionen mit Sitz und Stimme vertreten sind.“